

# vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

DEZEMBER 2006 / JANUAR 2007

## ANDREA YPSILANTI SPITZENKANDIDATIN ZUR LANDTAGSWAHL 2008

SPD-Landesvorsitzende fordert Roland Koch heraus

**D**ie hessische SPD-Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti fordert Roland Koch bei der nächsten Landtagswahl heraus. Der Landesparteitag in Rotenburg wählte sie zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 27. Januar 2008.

Die Nominierung war der Abschluss eines dreimonatigen Wettbewerbs zwischen Andrea Ypsilanti und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter, der sich ebenfalls um die Spitzenkandidatur beworben hatte. Allen 26 Unterbezirken sowie den Arbeitsgemeinschaften hatten sich die beiden in einem freundschaftlichen Wettstreit vorgestellt. Beide lobten auf dem Parteitag das Auswahlverfahren, das die Partei breit mobilisiert habe.

Am Ende siegte Andrea Ypsilanti mit 175 zu 165 Stimmen über Jürgen Walter. Ein zweiter Wahlgang war erforderlich geworden, nachdem es im ersten ein Patt von 172 zu 172 Stimmen gegeben hatte. Zuvor hatten beide noch einmal mit leidenschaftlichen Reden für sich geworben.

Die Landesvorsitzende legte dabei den Schwerpunkt auf das Thema Soziale Gerechtigkeit. „Wir Sozialdemokraten haben es nicht nötig, dem neoliberalen Zeitgeist hinterherzulaufen“, sagte Ypsilanti. „Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt“. Sie forderte Bildungsgerechtigkeit, den konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien und die Besteuerung höchster Einkommen. Koch warf sie vor, eine Politik zu betreiben, die gut sei für Millionäre, aber schlecht für Millionen in diesem Land.

Auch Jürgen Walter ging scharf mit Roland Koch ins Gericht. Koch zerstöre das soziale Gleichgewicht im Land und lasse Hessen wirtschaftlich zurückfallen. Der Fraktionsvorsitzende beschrieb die Agenda einer SPD-Regierungspolitik und rückte dabei Bildungsgerechtigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt.

Andrea Ypsilanti und Jürgen Walter hatten bereits vor dem Parteitag bekun-

det, sich unabhängig vom Ausgang der Wahl gegenseitig zu unterstützen. „Die Partei muss jetzt wie ein Mann oder eine Frau zusammenstehen“, sagte Walter nach der Entscheidung. Andrea Ypsilanti zeigte sich zuversichtlich, die Partei geschlossen und solidarisch in den Wahlkampf zu führen.

Der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck schloss sich dem Aufruf zur Geschlossenheit an. Die SPD habe eine gute Chance bei der nächsten Landtagswahl zu gewinnen. Das Land habe eine bessere Regierung verdient.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen bestätigte der Parteitag Andrea Ypsilanti als Vorsitzende und Jürgen Walter als stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ebenfalls wieder gewählt wurden die beiden weiteren stellvertretenden Vorsitzenden Manfred Schaub und Gernot Grumbach, Generalsekretär Norbert Schmitt, Schatzmeisterin Hildgard Pfaff sowie alle bisherigen Beisitzerinnen und Beisitzer. ■

**IN  
DIESER  
AUSGABE**

### ARBEITSPLÄTZE IN GEFAHR

Rund 1000 Arbeitsplätze bei der Chemiefirma Ticona sind in Gefahr, wenn das Kelsterbacher Werk dem Flughafen weicht. Die SPD fordert von Roland Koch, für den Erhalt der Arbeitsplätze einzutreten. **Seite IV**

### STIMMENKAUF WIRD UNTERSUCHT

Die Freien Wähler Hessen werfen Roland Koch vor, ihnen Steuergeld angeboten zu haben, wenn sie dafür nicht zur Landtagswahl 2008 antreten. Jetzt ermittelt ein Untersuchungsausschuss des Landtags, ob dieser Vorwurf zutrifft. Die CDU hat aber kein Interesse an schneller Aufklärung. **Seite V**

### ABSTIEGSPLATZ FÜR HESSEN

Die Zweite Lesung des Landeshaushalts ist die Stunde der Opposition. Jürgen Walter hat in der Generaldebatte mit Roland Koch abgerechnet und ihm vorgeworfen, Hessen wirtschaftlich, bildungspolitisch und sozial auf einen Abstiegsplatz geführt zu haben. **Seite VI**

### AUSBILDUNGS- PLÄTZE FEHLEN

In Hessen ist es schwieriger einen Ausbildungsplatz zu finden als in den meisten anderen Ländern. Dazu eine Analyse von Petra Fuhrmann auf **Seite VIII**



Andrea Ypsilanti steuert die Hessen-SPD in den Landtagswahlkampf 2008. Der Bundesvorsitzende Kurt Beck und die stellvertretenden hessischen Parteivorsitzenden Gernot Grumbach, Jürgen Walter und Manfred Schaub unterstützen die Spitzenkandidatin.

## STOLZ AUF 60 JAHRE HESSEN

„Die hessischen Bürgerinnen und Bürger können stolz auf 60 erfolgreiche Jahre sein. Sie haben mit ihrer Schaffenskraft das Land nach dem 2. Weltkrieg wieder aufgebaut und zu einem der erfolgreichsten Bundesländer Deutschlands gemacht.“ Mit diesen Worten würdigte die hessische SPD-Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti das 60jährige Bestehen unseres Bundeslandes. Die Hessische Verfassung war am 1. Dezember 1946 in einer Volksabstimmung beschlossen worden.

Die Hessen hätten sich 1946 eine fortschrittliche Verfassung gegeben und damit die Lehren aus der Gewaltherrschaft der Nazis gezogen. „Nicht jeder Satz dieser Verfassung ist heute noch zeitgemäß, aber sie steht immer noch für die soziale Demokratie. Wir Sozialdemokraten sind froh, dass ihr historisches Erbe bewahrt worden ist.“

Die Erfolgsgeschichte Hessens sei mit der Hessen-SPD untrennbar verbunden - von Georg August Zinn mit dem großen Hessenplan über Albert Osswald und Holger Börner bis hin zu Hans Eichel. „Das rote Hessen war ein Markenzeichen für wirtschaftlichen Aufstieg, für Chancengleichheit in der Bildung und soziale Gerechtigkeit. Heute müssen wir leider aufpassen, dass dieses große Erbe nicht verspielt wird.“ ■

## Kommentar von Norbert Schmitt MIT VOLLDAMPF IN DEN WAHLKAMPF

Die Kandidaten-Frage der Hessen-SPD ist entschieden. Jetzt müssen wir mit Volldampf in den bevorstehenden Landtagswahlkampf starten. Dabei gilt es, den Schwung aus dem Nominierungsverfahren mitzunehmen. Rund 7000 Genossinnen und Genossen haben sich daran beteiligt. Das zeigt, auf welches Interesse und Engagement der Basis wir im Wahlkampf zählen können.

Am Ruder steht Andrea Ypsilanti. Das Steuerrad, das ihr überreicht wurde, ist ein gutes Symbol. An Bord eines Schiffes muss eine oder einer das Steuer halten, dahinter steht aber ein gutes Team, denn es müssen alle mit anpacken, damit das Schiff seinen Zielhafen erreicht. Ein klarer Kurs auch bei Wind und Wellen oder Gegenwind ist unabdingbar. Und jeder muss sich auf den anderen verlassen können.

Unser Parteitag hat mit dem Motto „Wahlsieg 2008“ den Hafen vorgegeben, den wir ansteuern wollen. Lasst uns darauf gemeinsam Kurs nehmen, damit wir am 27. Januar 2008 unser Ziel erreichen. ■



## LANDES- VORSTAND WIEDER GEWÄHLT

**Der Landesparteitag der Hessen-SPD in Rotenburg hat den bisherigen Landesvorstand komplett wieder gewählt.**

**Hier die Ergebnisse**

### Landesvorsitzende

**Andrea Ypsilanti,**  
78,0 Prozent

### Stellvertretende Landesvorsitzende

**Manfred Schaub,**  
95,5 Prozent  
**Jürgen Walter,**  
85,9 Prozent  
**Gernot Grumbach,**  
58,2 Prozent

### Generalsekretär

**Norbert Schmitt,**  
72,9 Prozent

### Schatzmeisterin

**Hildegard Pfaff,**  
85,3 Prozent

### Beisitzerinnen und Beisitzer

**Heidemarie  
Wieczorek-Zeul,**  
83,7 Prozent  
**Dr. Udo Bullmann,**  
75,5 Prozent  
**Lothar Quanz,**  
59,9 Prozent  
**Petra Fuhrmann,**  
57,7 Prozent  
**Christine Lambrecht,**  
54,9 Prozent  
**Rolf Gnadt,**  
52,0 Prozent  
**Torsten Warnecke,**  
48,9 Prozent  
**Nina Hauer,**  
48,6 Prozent  
**Norbert Schüren,**  
48,6 Prozent  
**Jörg Jordan,**  
48,0 Prozent  
**Dr. Kerstin Weinbach\*,**  
60,7 Prozent  
**Bettina Hoßfeld\*,**  
56,4 Prozent

\* Wahl im 2. Wahlgang

Die Prozentzahlen sind kaufmännisch gerundet auf eine Stelle hinter dem Komma.

## BECK GRATULIERT ANDREA YPSILANTI

Der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck, der als Gast zum Rotenburger Parteitag gekommen war, gratulierte Andrea Ypsilanti zur Nominierung und zur Wiederwahl als Landesvorsitzende: „Ich bin sicher, dass Du die vor Dir und der SPD Hessen liegenden Aufgaben kraftvoll und entschlossen anpacken wirst. Die hessische SPD geht personell geschlossen und mit innovativen und mutigen Konzepten in den Landtagswahlkampf. Die Wählerinnen und Wähler werden dies honorieren und dafür sorgen, dass mit Dir und der Sozialdemokratie bald wieder gilt: „Hessen vorn“. Dafür wünsche ich Dir viel Durchhaltevermögen und Erfolg.“

Er rief die Hessen-SPD nach der Entscheidung um die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2008 zur Geschlossenheit auf. Den beiden Bewerbern Andrea

Ypsilanti und Jürgen Walter bescheinigte der Bundesvorsitzende „demokratische Reife und menschlichen Anstand“. Im Wahlkampf müssten Ökologie, Ökonomie, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik auf einen Nenner gebracht werden, forderte Beck.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und Vorsitzende der AsF, Elke Femer, schloss sich mit schriftlichen Glückwünschen an: „Hessen hat nun die Perspektive, eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin zu bekommen. Andrea Ypsilanti steht für ein klares politisches Profil: für soziale Gerechtigkeit – gegen Ausgrenzung und neoliberale Ideologie, für eine moderne Gesellschaft – gegen konservativen Mief, für die Gleichstellung von Männern und Frauen – gegen alte Rollenmuster.“ ■



Der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck auf dem Landesparteitag in Rotenburg

## WAHLSIEG 2008

Eckpunkte für einen Politikwechsel

Unter der Überschrift „Wahlsieg 2008“ hat der Landesvorstand die Eckpunkte einer sozialdemokratischen Politik für Hessen formuliert und dem Landesparteitag zur Abstimmung gestellt. Der Leitantrag wurde einstimmig beschlossen.

Darin heißt es, „eine sozialdemokratische Landesregierung muss und wird den Abwärtstrend Hessens stoppen. Hessen muss wieder das Land der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Stärke, der ökologischen Verantwortung und der gelebten Toleranz werden. Und Hessen muss die Bildungsanstrengungen erhöhen und Chancengleichheit wieder herbeiführen, damit alle Talente und Ressourcen des Landes gefördert werden.“

Ein starker und attraktiver Wirtschaftsstandort sei die Voraussetzung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. „Wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung gehören dabei für uns zusammen.“ Notwendig sei unter

anderem ein Programm Arbeit und Umwelt, das beim Nachholbedarf kommunaler und öffentlicher Investitionen in unserem Land ansetze.

Bildungsgerechtigkeit und Förderung jeder Begabung von Anfang an sind die zentralen Forderungen des bildungspolitischen Teils des Leitantrags. Dazu zählen die Bausteine des Hauses der Bildung: Frühkindliche Bildung, längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und Einrichtung von Ganztagschulen.

Um den sozialen Zusammenhalt des Landes zu stärken, sollen die Kürzungen im Sozialbereich rückgängig gemacht und ein Sozialbudget eingerichtet werden. Einen Schwerpunkt legt der Antrag auf die Kinderbetreuung mit klaren Zielvorgaben: Dort soll der Anteil von Ganztagsplätzen auf mindestens 50 Prozent ausgeweitet werden. Für mindestens 20 Prozent aller Kinder unter drei Jahren sollen Betreuungsplätze vorhanden sein.

Der vollständige Leitantrag ist auf [www.spd-hessen.de](http://www.spd-hessen.de) dokumentiert. ■



# DAS SOZIALDEMOKRATISCHE STAMMLAND ZURÜCKGEWINNEN

Dokumentation: Auszüge aus der Vorstellungsrede von Andrea Ypsilanti

„Mit Eurer Entscheidung heute beginnt für uns der Landtagswahlkampf 2008. Jetzt wird es ernst. Ab heute gilt es. Wir wollen und wir werden das sozialdemokratische Stammland Hessen zurückgewinnen. Nicht für die SPD, sondern für die Menschen in diesem Land.“

Wer an die Spitze will, soll die Grundsätze und die politischen Maßstäbe für sein Handeln darlegen. Das will ich tun.

Die SPD war immer dann stark, wenn sie über den Tellerrand geschaut hat. Wenn sie der Zeit voraus gedacht hat. Wenn sie mutig genug war, um Probleme, Lösungen und Ziele zu beschreiben, die sich vielleicht erst ganz zart am Horizont abgezeichnet haben. Wenn sie neben dem Klein-Klein des Alltags auch die große Linie des Gesamtbildes gezeigt haben. Und wenn sie entschlossen politische Widerstände überwunden hat, wie Willy Brand mit seiner Ostpolitik.

Ich will diese Stärke der Sozialdemokratie wieder wecken. Ich will die Lebendigkeit unserer Partei wieder spüren. Ich will, dass Ihr sie spürt.

Wir Sozialdemokraten haben es nicht nötig, dem neoliberalen Zeitgeist hinterherzulaufen. Wir wissen: Es gibt Alternativen und diese Alternativen sind machbar. Mir geht es um einen grundsätzlichen Politikwechsel. Deshalb brauchen wir den Regierungswechsel.

Die Menschen brauchen wieder eine Perspektive der Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse. Das Wort „Reformen“ muss wieder die Bedeutung bekommen, die es zu Willy Brandts Zeiten hatte: „Reformen müssen für die Mehrheit der Menschen zu besseren Lebensverhältnissen führen.“ Bessere Lebensverhältnisse – das muss der Maßstab für Reformen sein. Mit Politik nach diesem Maßstab sind wir auch wieder mehrheitsfähig.

Um in Hessen zu gewinnen, reicht es nicht, einen Wahlkampf gegen Koch zu machen und ihm seine schlechte, soziale Politik vorzuwerfen. Was wir brauchen, sind klare und neue Konzepte. Und für neue Konzepte braucht man manchmal Mut und wir haben den Mut.

Wir brauchen eine integrierte Familien- und Bildungspolitik. Der Weg zu weiterführenden Schulen muss immer offen bleiben, egal, wie die soziale Herkunft ist, wie dick der Geldbeutel der Eltern ist oder ob diese bei den Hausaufgaben helfen

Andrea Ypsilanti bei ihrer Vorstellungsrede

## Zitate

Andrea Ypsilanti:

» Eine Frau, die an die Spitze geht, weiß, was Kampf ist. «

» Wir müssen zeigen, dass wir auf der Seite der lohnabhängig Beschäftigten stehen – und das ist die Mehrheit in unserem Land. «

» Roland Kochs Politik mag gut sein für Millionäre. Sie ist schlecht für Millionen in diesem Land. «

Jürgen Walter:

» Roland Koch ist das Soziale fremd. «

» Die soziale Infrastruktur im Lande ist Koch ein Dorn im Auge. Es will die sozialdemokratischen Spuren im Land verwischen. Das wird ihm nicht gelingen. «

» Unter Koch ist Hessen auf dem Weg, eine Gesellschaft der verkümmerten Talente zu werden. «

Manfred Schaub:



» Mit diesem Parteitag wird der interne Wettbewerb beendet, aber zugleich fällt der Startschuss für den Wahlkampf. Ich rufe Euch deshalb zu einem sensiblen Umgang miteinander auf. «



FOTO: HEIBEL

können. Dazu gehören gute Kindertagesstätten und dazu gehören echte Ganztagschulen. Das ist gemeint mit einer integrierten Bildungs- und Familienpolitik.

Müttern und Vätern, die Beruf und Familien vereinbaren wollen, ist es wichtig, dass ihre Kinder nicht nur untergebracht werden. Wenn sie berufstätig sind, wollen sie mit einem guten Gefühl die Kinder in den Kindergarten und die Ganztagschule schicken. Sie wollen Qualität in diesen Einrichtungen und das dürfen sie auch erwarten. Wir wollen mehr Betreuungsplätze für unter 3-Jährige, Kindertagesstätten mit frühkindlichem Bildungsangebot, Ganztagschulen mit pädagogischem Angebot, langes gemeinsames Lernen, um alle Kinder mitzunehmen, und Durchlässigkeit des Bildungssystems und der bestmögliche Abschluss für jedes Kind.

Wir brauchen eine integrierte Wirtschafts-, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik. Als Wirtschaft verstehen CDU und FDP die Unternehmen und ihre Verbände. Diese Sicht ist verengt und führt zu einer verengten und falschen Politik. Denn zur Wirtschaft gehören genauso die vielen Arbeitnehmer, die Betriebsräte und ihre Gewerkschaften. Dazu gehören die öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen und die natürliche Umwelt. Wirtschaft sind wir alle. Der Sinn von Wirtschaft ist es, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die den Menschen Löhne zahlt, von denen sie leben können, in der Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte sichergestellt sind, die den Mittelstand und die Regionen fördert und stabilisiert, statt allein

auf Globalisierung zu setzen, die Kommunen in ihrer Finanzausstattung stärkt. Und wir brauchen eine Wirtschaft, die in ihrer gesamten Breite ressourcen- und umweltschonend wirkt.

Auf meine Bitte hat Hermann Scheer, Träger des alternativen Nobelpreises, für den Landesvorstand eine Studie „Neue Energie für ein atomfreies Hessen“ erarbeitet. Damit haben wir die politische Arbeitsgrundlage für eine Wirtschafts-, Energie- und Umweltoffensive in Hessen, wie sie noch kein anderer Landesverband hat. Erneuerbare Energien sind das größte denkbare Mittelstandsförderungsprogramm und eine neue Chance für die Landwirtschaft.

Es geht nicht nur um Arbeitsplätze und Umwelt. Es geht tatsächlich um die Zukunft kommender Generationen. Erneuerbare Energien sind gesellschaftliche Zukunftssicherung.

Wir müssen wieder klare Kante zeigen. Wir brauchen Profil und wir brauchen den Mut zur Zuspitzung. Und wir müssen wieder sagen, auf welcher Seite wir stehen und für wen wir Politik machen.

Wir haben bei der Landtagswahl eine Chance, wenn es gelingt, das Potential der SPD voll auszuschöpfen. Ich weiß, dass wir nicht nur mit unseren Stammwählern die Wahl gewinnen können. Aber ohne Stammwähler verliert man Wahlen. Deshalb müssen wir diese zu allererst motivieren. Sie erwarten von uns eine konsequente Haltung für soziale Gerechtigkeit und Zukunftssicherung. Diese Anforderung an Politiker ist aber nicht auf unsere Stammwähler begrenzt. Sie reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. ■

## KOCHS FEHLER KOSTET ARBEITSPLÄTZE

Hoher Preis für vorzeitige Festlegung beim Flughafenausbau

Die Mitarbeiter von Ticona und die Firma Fraport zahlen nach Ansicht der Hessen-SPD die Zehne für den politischen Fehler des Ministerpräsidenten, sich vorzeitig auf die Nordwest-Variante für die neue Landebahn festzulegen. Kochs Fehler kostet Ticona-Beschäftigte Arbeitsplätze und Fraport 650 Millionen Euro.

Die SPD hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Parallelbetrieb von Ticona und der neuen Landebahn nicht möglich ist. Und die Landesregierung hat dies lange geleugnet. Die Vereinbarung mit Ticona bestätigt, dass die Einschätzung der SPD zutreffend war.

Große Sorgen bestehen hinsichtlich der Verlagerung des Ticona-Werks und der Zukunft der Arbeitsplätze. Noch ist völlig unklar, wohin das Ticona-Werk umzieht. Im Gespräch ist unter anderem Leuna in Sachsen-Anhalt. Dann gehen in Hessen dauerhaft 1000 Arbeitsplätze in der Industrieproduktion verloren.

Die angekündigte Beschäftigungsgesellschaft darf nach Ansicht der SPD nicht zu einer Arbeitslosigkeit auf Raten führen. Die SPD erwartet von Ministerpräsident Koch, alles dafür zu tun, dass die Produktion von Ticona in Hessen erhalten bleibt. ■



FOTO: TICONA

Das Ticona-Werk in Kelsterbach soll verlagert werden. Die Zukunft von 1000 Arbeitsplätzen ist völlig offen.

## TARIFTREUE STATT DUMPINGLÖHNE

Die Hessen-SPD begrüßt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tariftreuegesetz, mit dem die vom Land Berlin verlangte Tariftreueerklärung für öffentliche Aufträge für verfassungsgemäß erklärt worden ist.

Auch für Hessen ist ein Vergabegesetz dringend notwendig, das die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand daran knüpft, dass die Unternehmen

ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen und Ausbildungsplätze anbieten. Die öffentliche Hand darf keine Dumpinglöhne befördern.

Leider hat Ministerpräsident Koch bereits zweimal ein Tariftreuegesetz verhindert. Einmal hat er im Bundesrat das Tariftreuegesetz der damaligen rot-grünen Bundesregierung blockiert, dann die Initiative der hessischen SPD für ein entsprechendes Gesetz auf Landesebene. ■

### HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Neunzehn Direktwahlen standen seit Ende September in Hessen auf dem Programm und in acht Kommunen Hessens konnten wieder die Kandidaten der SPD über ihren Erfolg jubeln – bei fünf Siegern aus den CDU-Reihen. Die sechs weiteren Gewinner kommen aus der Riege der Unabhängigen bzw. von Wählergemeinschaften. Zwei Wiederwahlen gibt es aber zunächst aus dem Landkreis Waldeck-Frankenberg zu vermelden:

**GÜNTHER HARTMANN** (Twistetal, 71,6%) und **UWE ERMISCH** (Hatzfeld, 52,0%) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Neuer Bürgermeister von Wehretal im Werra-Meißner-Kreis wurde **JOCHEN KISTNER** mit 52,3%.

Alles beim Alten blieb im Landkreis Marburg-Biedenkopf, wo **MANFRED BARTH** (Rauschenberg, 54,0%) und **WERNER REITZ** (Breidenbach, 65,7%) im Amt bestätigt wurden.

Auch im Lahn-Dill-Kreis konnte **HERMANN STREUBING** in Mittenaar mit 76,9% seine Position verteidigen

ebenso wie im Rheingau-Taunus-Kreis



**HANS-JÜRGEN FINKLER** mit 83,6% in Hohenstein.

Neu in der Reihe sozialdemokratisch regierter Städte ist Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis), wo



**THORSTEN STOLZ** die Stichwahl mit 62,3% der Stimmen für sich entschied.

## LAXE STEUERPRÜFUNG BEGÜNSTIGT STEUERBETRUG

Verzicht auf Steuerprüfungen skandalös

Bei Einkommensmillionären finden zu selten Steuerprüfungen statt. Das hat der Bundesrechnungshof in seinem jüngsten Bericht scharf kritisiert. Auch der Hessischen Landesregierung ist vorzuwerfen, durch laxen Steuerprüfungen von Einkommensmillionären Steuerbetrug zu begünstigen.

Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass bundesweit nur 15 Prozent aller Einkommensmillionäre einer Außenprüfung der Steuerbehörden unterzogen werden. Dabei bringt jede Prüfung laut Bundesrechnungshof im Schnitt 135.000 Euro.

Der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft Ondracek hatte daraufhin Hessen, Baden-Württemberg und Bayern als Steueroasen bezeichnet.

Die Hessen-SPD forderte Finanzminister Weimar auf, die Außenprüfungen bei Steuermillionären deutlich auszuweiten. ■

## NIEMAND WILL VEREINEN ANS LEDER

SPD will steuerliche Förderung erhalten

Gegen eine Verschlechterung der Vereinsförderung im Steuerrecht hat sich der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Manfred Schaub ausgesprochen.

Für Irritation hatte eine Studie des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium gesorgt, in der von „Wildwuchs“ bei Spenden- und Steuerprivilegien gemeinnütziger Organisationen und Sportvereine die Rede war, dem Einhalt geboten werden müsse. In Sportvereinen war daraufhin die Befürchtung aufgekommen, dass die Große Koalition von CDU und SPD in Berlin die steuerlichen Privilegien der Sportvereine abschaffen wolle.

„Mit uns Sozialdemokraten ist das nicht zu machen“, sagte dazu Manfred Schaub. „Wir machen uns dieses Expertengutachten nicht zu Eigen und wollen die steuerliche Förderung der Vereine nicht verschlechtern. Vielmehr überlegen wir, wie wir deren herausragendes Engagement weiter stärken können.“ ■



## UNTERSUCHUNGAUSSCHUSS: WOLLTE KOCH STIMMEN KAUFEN?

von Jürgen Walter, SPD-Fraktionsvorsitzender

**A**ngesichts der völlig unzureichenden Aufklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch in der Stimmenkauf-Affäre haben SPD und Grüne einen Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag durchgesetzt. Im Raum steht der Vorwurf, Ministerpräsident Koch habe versucht, den Freien Wählern mit Steuermitteln ihre Teilnahme an der Landtagswahl abzukaufen.

Die Widersprüche in den Darstellungen von Ministerpräsident Koch und den Freien Wählern in der Stimmenkauf-Affäre sind nicht aufgelöst. Auf die zentralen Fragen zum Gespräch vom 3. April 2006 haben sowohl der Ministerpräsident als auch der Innenminister nur ausweichend geantwortet.

Im Kern der politischen Auseinandersetzung steht die Behauptung der Freien Wähler Hessen, wonach ihnen Roland Koch am 3. April 2006 angeboten habe, rund 300.000 Euro Wahlkampfkostenerstattung rückwirkend für die Kommu-



nalwahl 2006 zu gewähren, wenn sie im Gegenzug auf eine Kandidatur zur Landtagswahl 2008 verzichteten.

Der Landesvorsitzende der Freien Wähler sprach von einem Kauf-Versuch und kündigte seine Bereitschaft an, diese Aussage auch vor einem Untersuchungsausschuss zu beenden.

Unmittelbar vor dem umstrittenen Gespräch zwischen Koch und den Freien

Jürgen Walter, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Tarek Al-Wazir (Grüne) bei der Pressekonferenz zur Stimmenkauf-Affäre. Jürgen Walter:

»  
Es liegt in der Verantwortung der Opposition, diesen Skandal aufzuklären «

Wählern hatten diese aufgrund des Kommunalwahlergebnisses vom 26. März öffentlich laut darüber nachgedacht, zur nächsten Landtagswahl anzutreten. Darin lag wahrscheinlich das Motiv des Ministerpräsidenten für dieses unmoralische Angebot.

Der Bestechungsvorwurf weckt Erinnerungen an den CDU-Schwarzgeldskandal. Damals ist Koch beim Lügen erwischt worden und später nicht bereit gewesen, seine Aussage im Untersuchungsausschuss zu beenden. 1999 hat Roland Koch im Wahlkampf mit Schwarzgeld die politische Konkurrenz bekämpft. Heute hat er womöglich versucht, sie mit Steuergeld von der Kandidatur abzuhalten. Falls dies zutrifft, sind grundlegende demokratische Spielregeln verletzt worden. ■



Im CDU-Schwarzgeldskandal hatte Koch sich eine Pinocchio-Nase verdient

## SCHUTZ VOR TABAKQUALM

SPD-Fraktion legt ersten Gesetzentwurf zum Nichtraucherschutz vor

von Dr. Thomas Spies

**D**ie SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat den bundesweit ersten konkreten Gesetzentwurf zum Schutz von Nichtrauchern vor dem so genannten Passivrauchen vorgelegt.

Ziel des Gesetzes ist, dass Menschen, die keinen Tabakrauch einatmen möchten, das auch nicht müssen. Das Gesetz richtet sich deshalb auch nicht gegen Raucher, sondern dagegen, dass andere gegen ihren Willen mitrauchen müssen.

### 3300 Menschen sterben am Passivrauchen

Die schädlichen Wirkungen des Passivrauchens sind unbestreitbar. Das belegen Daten des Deutschen Krebsforschungszentrums. Danach versterben in Deutschland jährlich 3300 Menschen an den Folgen des Passivrauchens.

Passivrauchen erhöht für Nichtraucher deutlich das Risiko für Lungenkrebs, Brustkrebs, Herzinfarkt, Plötzlichen Kindstod, Osteoporose. Empfindliche Menschen – beispielsweise solche mit einer Asthmaerkrankung – sind durch Tabakrauch besonders und akut gefährdet. Passivrauchen kann das Herzinfarktrisiko um 20 Prozent erhöhen.



### 4000 Giftstoffe im Tabakrauch

Tabakrauch enthält über 4000 Giftstoffe. Mindestens 40 dieser Stoffe sind krebserregend. Mit dem Gesetzentwurf der SPD würde erstmals in Deutschland ein umfassendes Rauchverbot an allen Orten erlassen, an denen sich Menschen aufhalten müssen. Dazu gehören alle öffentlichen Gebäude, Einrichtungen zur Kinderbetreuung und der Jugendhilfe sowie Orte, die regelmäßig von Kindern und Jugendlichen genutzt werden, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr.

Viele weitere Maßnahmen zur Verminderung des Rauchens insgesamt sind erforderlich. Wichtigste Aufgabe ist der Jugendschutz und eine konsequente Verfolgung von Verstößen durch Tabakverkauf an Kinder. ■

## AM RANDE: QUALM- WOLKEN

Die CDU setzt beim Thema Nichtraucherschutz angeblich auf Freiwilligkeit und Rücksichtnahme. Klingt gut. Was er unter Rücksichtnahme versteht, hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Wagner in der Landtagscafeteria unter Beweis gestellt. Im Nichtraucherbereich paffte er just am Tag der ersten Lesung des Gesundheitsschutzgesetzes dicke Qualmwolken seines Zigarillos in die Luft. Das Rauchverbotschild auf seinem Tisch kümmerte ihn nicht. Aber diesmal nötigte er ja nur alle anderen Gäste, seine Abgase einzuatmen und setzte wenigstens nicht den Feueralarm in Gang. Das war ihm beim Besuch im Staatsarchiv in Darmstadt im Jahr 2001 passiert, als er das dort herrschende Rauchverbot ignorierte und einen Löschzug der Darmstädter Feuerwehr in Marsch setzte. Dieses Zigarillo kostete Wagner damals 562 Euro, weil er den Feuerwehreinsatz aus eigener Tasche bezahlen musste.

## VORWURF DER UNTREUE GEGEN KANTHER BESTÄTIGT

**D**ie Revision des früheren Bundesinnenministers und CDU-Landesvorsitzenden Manfred Kanther gegen das Schwarzgeld-Urteil des Wiesbadener Landgerichts hat nicht den von ihm erhofften Freispruch gebracht. Im Gegenteil: Der Bundesgerichtshof hat ausdrücklich bestätigt, dass die Pflege einer Schwarzen Kasse Untreue darstellt. Damit wurde das Urteil gegen Kanther im Kern bestätigt.

Zur Erinnerung: Kanther hatte 1983 über 20 Millionen DM der hessischen CDU in die Schweiz verbringen lassen, um Nachforschungen nach der Herkunft dieses dubiosen Vermögens zu entgehen. Fast zwanzig Jahre lang wurde mit Rückflüssen aus dieser Schwarzen Kasse der politische Gegner bekämpft. Zuletzt finanzierte Roland Koch seinen Schmutzwahlkampf von 1999 maßgeblich aus diesem Vermögen.

Nach dem BGH-Urteil stelle sich die Frage, warum Roland Koch trotz der Untreue seines Vorgängers auf Schadensersatz verzichtet habe. „Das lässt nur den Schluss zu, dass Roland Koch bis heute befürchtet, Manfred Kanther könne doch noch auspacken und ihn selbst belasten“, sagte SPD-Fraktionschef Jürgen Walter. ■

# HESSEN HAT AN KRAFT VERLOREN

Jürgen Walters Abrechnung mit Koch

Für die anhaltende Schwäche Hessens vor allem in der Wirtschafts- und Bildungspolitik hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Walter Ministerpräsident Roland Koch in der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2007 verantwortlich gemacht.

„Jahrzehntelang war Hessen vorne. Das war das Markenzeichen unseres Landes in Deutschland. Es waren die Landesregierungen unter sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die Hessen nach 1946 an die Spitze der deutschen Bundesländer geführt haben. Unter dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten Koch ist unser Land schwächer geworden. Hessen hat an Kraft verloren. Andere Länder haben uns überholt“, sagte Walter. Und bekräftigte an die Adresse Kochs: „Für diese Schwäche machen wir Sie verantwortlich.“

## Soziale Balance fehlt

Soziale Balance sei die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung. „Bei der CDU wird die soziale Balance immer dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegengesetzt. Für Sie ist soziale Gerechtigkeit immer nur der Bremsklotz für wirtschaftlichen Aufschwung. Wir sagen: Wenn wir dieses Land wieder nach vorne bringen wollen, dann müssen wir soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Ba-

lance wieder in Einklang bringen.“

Beim Ausbau des Frankfurter Flughafens habe die CDU „eine Bauchlandung hingelegt“, sie investiere zu wenig in die Straßen und vernachlässige die dringend erforderliche Neuordnung des Rhein-Main-Gebiets, sagte der Sozialdemokrat.

Ausführlich widmete sich Walter der Bildungspolitik. Dort habe die Union das Aussortieren zum „Markenzeichen“ erhoben: „Sie will frühzeitig festlegen, welchen Kindern dauerhaft alle Chancen genommen werden, zu hohen und höchsten Bildungsabschlüssen zu kommen.“

## Bildungs-Notstand

Die Kultusministerin rede davon, Hessen sei das Bildungsland Nummer eins. Der „Bildungsmonitor 2006“ des Instituts der deutschen Wirtschaft hingegen attestiere Hessen, dass es sich bei den weiterführenden Schulen auf dem vorletzten Platz befinde. Hinsichtlich der Hochschulen sei es auf den letzten Platz abgerutscht. Walter: „Hessen ist also nicht das Bildungsland Nummer eins, sondern das Bildungsnotstandsland Nummer eins.“

Auch das Kinderbetreuungsprogramm sei verfehlt. Notwendig seien Investitionen in die Qualität des Angebots: „Wir sind der Meinung, dass kein Kind ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Grundschule kommen soll.“ ■

# SPD FORDERT MEHR GELD FÜR KOMMUNEN

von Günter Rudolph

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, den hessischen Kommunen bereits im Haushalt 2007 ihren Anteil aus den zu erwartenden Steuermehreinnahmen des Jahres 2006 in Höhe von rund 100 Millionen Euro weiterzugeben und nicht erst die Spitzabrechnung in 2 Jahren abzuwarten.

Für das Jahr 2007 sind steigende Steuereinnahmen von über 1 Milliarde Euro zu verzeichnen. Hessens Finanzminister Weimar stellt sich nun hin und behauptet, für viele Städte und Gemeinden gehörten ernsthafte Haushaltsprobleme schon wieder der Vergangenheit an. Dies ist absurd. Zwar steigen das Gewerbesteueraufkommen und auch der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Diese Mittel werden auch dringend von den

Kommunen benötigt.

In den letzten Jahren hat diese Landesregierung erheblich in den kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der Städte und Gemeinden eingegriffen. Die Steigerungen beim kommunalen Finanzausgleich sind nicht das Verdienst dieser Landesregierung, sie sind lediglich ein kleiner Ausgleich für die in den letzten Jahren den Kommunen genommenen Geldern.

Es ist daher nur folgerichtig, wenn wir die Landesregierung auffordern, Steuermehreinnahmen den Kommunen auch im nächsten Haushaltsjahr zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen wieder mehr Investitionstätigkeit der kommunalen Seite. Deswegen müssen den Kommunen auch zeitnah die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. ■

# ENTMACHTUNG DES PARLAMENTS



Jürgen Walter ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Das Haushaltsrecht des Landtags wird nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter immer stärker eingeschränkt. Als Grund

nannte er die Umstellung des Haushalts auf kaufmännische Buchführung. „Das Budgetrecht wird dauerhaft verletzt. Keiner hat mehr eine Ahnung, was mit dem Geld wirklich passiert“, sagte Walter.

Wenn die Arbeit von Ministerien nur allgemein als „ministerielles Standardprodukt“ definiert werde,

reiche das nicht für die gesetzlich vorgeschriebene parlamentarische Kontrolle von zweistelligen Millionenbeträgen aus, kritisierte er. ■

# ROTE KARTE FÜR KARIN WOLFF



Das neue Schulinfo

Das neue Schulinfo der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ist an die Schulen in Hessen verschickt worden. Schon das Titelbild macht deutlich: Die Bildungspolitik der CDU hat die Rote Karte verdient. Wer die Information online lesen möchte, findet sie unter

[www.spd-fraktion-hessen.de](http://www.spd-fraktion-hessen.de)

Die Bildungsexperten der SPD-Landtagsfraktion beschäftigten sich im Schulinfo mit folgenden Themen:

■ **Andrea Ypsilanti:** Förderung statt Auslese

■ **Lothar Quanz:**

Das neue Schulgesetz - Rote Karte für die Kultusministerin

■ **Karin Hartmann:**

Flexibler Schulanfang – optimale Förderung

■ **Dr. Michael Reuter:**

Hessen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 16

■ **Heike Habermann:**

Stärkung der Hauptschüler statt Stärkung der Hauptschule

■ **Bernd Riege:**

Berufsschulen sind Vorreiter der Selbstständigen Schule



## SUPER-RHIEL ABGESTÜRZT

Strom wird teurer

**D**er wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Uwe Frankenberger, sieht Wirtschaftsminister Alois Rhiel in seiner selbst gewählten Rolle als „Kämpfer für niedrige Strompreise“ auf ganzer Linie gescheitert. Die großen Ankündigungen zur Jahreswende 2005 / 2006, wonach Rhiel sich mit den Energieversorgern in Hessen anlegen wollte, um die Strompreise zu drücken, seien in sich zusammengefallen. „Der von der Presse ernannte Super-Rhiel ist abgestürzt“

Den Bürgern Hessens sei vorgegaukelt worden, dass Rhiel als Wirtschaftsminister eines Landes verlässlich und dauerhaft den Strompreis niedrig halten könne. Jetzt müsse man feststellen: „Die Strompreise steigen 2007 erneut um mindestens vier Prozent plus Mehrwertsteuer. Damit holen sich die Energieversorger zurück, was sie 2006 nicht an Erhöhung genehmigt bekamen“, so Frankenberger. ■



**Überall leuchten Weihnachtsbäume, vielleicht geht auch Wirtschaftsminister Rhiel endlich ein Licht auf.**

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesverband  
Hessen und  
SPD-Fraktion  
im Hessischen Landtag

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende  
(verantwortlich),  
Axel Weiß-Thiel,  
Frank Steibli,  
Petra Tursky-Hartmann

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden



FOTO: TURSKEY-HARTMANN

## VERKOCHT

Zu einer Aktion unter der Überschrift „VerKocht!“ rief am 21. November 2006 die dbb tarifunion vor dem Hessischen Landtag in Wiesbaden auf. Sie wollte damit auf die „tariflose Wüste“ hierzulande aufmerksam machen. Die SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Waschke, Nancy Faeser, Günter Rudolph, Bernhard Bender und Brigitte Hofmeyer unterstützten tatkräftig das Anliegen des dbb nach einem Tarifabschluss beim Land Hessen und demonstrierten mit.

## SPD FORDERT GELD

für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit

Änderungsanträge  
zum Landeshaushalt 2007

Für den Landeshaushalt 2007 fordert die SPD-Fraktion klare Schwerpunkte in den Bereichen Neue Energien und Arbeit, Stärkung der Kommunen, Chancen für jedes Kind und Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit in Hessen. Dazu sollen im Landeshaushalt 2007 rund 300 Millionen Euro umverteilt werden.

Für die Förderung regenerativer Energieformen und die Nutzung des dazugehörigen Arbeitsplatzpotentials wollen die Sozialdemokraten 70 Millionen Euro ausgeben. Für frühkindliche Bildung, den Ausbau von Ganztagschulen, die Abschaffung der Studiengebühren und einen Hochschulpakt will die SPD fast 120 Millionen Euro bereitstellen. Um das Soziale Netz in Hessen neu zu knüpfen, sollen 30 Millionen im Rahmen eines Sozialbudgets zur Verfügung gestellt werden.

Zur Gegenfinanzierung schlägt die SPD-Fraktion eine regionale Vermögenssteuer vor, die nicht in den Länderfinanzausgleich fließt, eine zweckgebundene Grundwasserabgabe und Umschichtungen im Haushalt.

Die ohnehin erwarteten Steuermehreinnahmen 2007 sollen ausschließlich zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden, um endlich wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt zu bekommen. ■

## LANDESREGIERUNG MISSACHTET LANDTAG

von Reinhard Kahl,  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Landesregierung missachtet immer öfter systematisch die Rechte des Parlaments.

So hat der Staatssekretär im Sozialministerium bereits im Oktober - lange vor der Verabschiedung des neuen Landeschlussgesetzes - die Regierungspräsidien angewiesen, ab 1. Dezember nach diesem Gesetz zu verfahren, selbst wenn es bis dahin nicht in Kraft getreten sein sollte. Und Innenminister Bouffier hat die Einmalzahlung an Beamte angewiesen, bevor der Landtag diese Regelung beschlossen hatte.

Die Beschlussfassung über Gesetze scheint die Landesregierung nur noch als lästige Formalie zu betrachten. Der Landtag wird zum Erfüllungsgehilfen der Regierung degradiert.

Seit 1999 beobachten wir, wie wichtige Gesetze immer häufiger im Schweinsgalopp durchgepaukt werden. Jetzt verzichtet die Landesregierung auch noch darauf, wenigstens formal die Abläufe einzuhalten und macht sich zum Vormund des Parlaments.

Die CDU-Fraktion lässt das alles zu und erweist damit dem Parlamentarismus einen Bärendienst. Das grenzt schon an Selbstaufgabe. Die SPD-Fraktion ist dazu nicht bereit und besteht auf geordneten, rechtsstaatlichen Verfahren. ■

## WALDSCHÄDEN WEITERHIN BEÄNGSTIGEND

**D**er Waldschadensbericht 2006 hat erneut bestätigt, dass der Gesundheitszustand des hessischen Waldes besorgniserregend ist. Alle Versuche der Landesregierung, die Waldschadenssituation zu bagatellisieren, seien nicht geeignet, dem geschädigten Waldökosystem zu helfen, erklärte der forstpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bernhard Bender.

Mit einem Änderungsantrag zum Haushalt 2007 wolle die SPD-Fraktion erreichen, dass mehr Geld zur Sicherung und Sanierung der geschädigten und bedrohten Waldbestände bereitgestellt werde. Zur Umsetzung dieses Arbeitsschwerpunktes sollten nach Willen der SPD-Fraktion 10 Millionen Euro in einem ersten Schritt eingesetzt werden, so Bender. ■





## MEHR GELD FÜR NAHVERKEHR NÖTIG

von Hildegard Pfaff

**M**ehr Geld für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs hält die SPD-Fraktion für erforderlich, um eine flächendeckende, qualitativ angemessene und kundenorientierte Versorgung sicherzustellen.

Im Interesse der Kunden, insbesondere der Pendler, hat die SPD-Fraktion deshalb im Haushalt 2007 beantragt, die ÖPNV-Förderung seitens des Landes um 17,5 Millionen Euro anzuheben. Damit kann die Differenz zwischen den wegbrechenden Regionalisierungsmitteln in Höhe von 41,5 Millionen Euro und der von der Landesregierung im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Kompensation in Höhe von insgesamt 24 Millionen Euro geschlossen werden.

Auch die leistungsfähigsten Verkehrsverbände können im Wettbewerb nicht die Deckungslücke aus dem Wegfall der Regionalisierungsmittel hereinholen, ohne dies zu Lasten der Tarife und der Qualität zu realisieren. Hier hat das Land eine Verantwortung gegenüber den ÖPNV-Kunden und den kommunalen Auftraggebern, die auch schon am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten aktiv sind. Deshalb setzen wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen für eine höhere Kompensation ein. ■

## WAHLZIEL MIT-BESTIMMUNG

Die Einschränkung der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst Hessens im Zuge der „Operation Düstere Zukunft“ ist vom Staatsgerichtshof leider nicht aufgehoben worden. SPD-Fraktion und Grüne hatten gegen dieses Gesetz geklagt, das von der CDU-Mehrheit beschlossen worden war, um die Zwangsversetzungen von Mitarbeitern zu erleichtern. „Nach dem enttäuschenden Urteil des Staatsgerichtshofs muss der Gesetzgeber aktiv werden, um den Personalvertretungen wieder den angemessenen Stellenwert zu verschaffen. Wir wollen das nach einem Regierungswechsel 2008 anpacken“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Günter Rudolph. „Moderne Personalpolitik braucht starke und handlungsfähige Personalräte. Gerade in schwierigen Modernisierungsprozessen müssen Beschäftigte und ihre Interessenvertreter beteiligt und mitgenommen werden.“ ■

## BÜRGERMEDIEN IN GEFAHR

von Michael Siebel, Mdl

**D**ie Hessische Landesregierung plant mit der Novellierung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes (HPRG) massive Kürzungen der Mittel für alle nichtkommerziellen Lokalradios und Offenen Kanäle in Hessen. Wenn die Hessische Landesregierung dieses Gesetz durchsetzt, steht der Bestand der hessischen Bürgermedien auf dem Spiel.

Die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk hat die Offenen Kanäle und die nichtkommerziellen Lokalradios bislang mit rund 2,6 Mio Euro pro Jahr ge-

fördert. Um als Bürgermedium vernünftig zu arbeiten, brauchen sie einen festen Sockelbetrag für Miete, Sachmittel und Personal. „Die jetzt geplante Etatkürzung um 40 Prozent bedeutet das Aus für viele vereinsnah agierenden Medienprojekte.“

Wenn die Novelle des HPRG in der vorliegenden Form beschlossen wird, geraten die Lokalradios und Offenen Kanäle in ernste Gefahr. Bürgermedien sind ein Stück gelebte Demokratie, da gibt es keine Alternative in den etablierten Medien, weder öffentlich-rechtlich noch privat. Die SPD-Fraktion fordert deshalb die Hessische Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen. ■

**Michael Siebel beim Besuch von Radio MainFM.**



## AUSBILDUNGSPLÄTZE BLEIBEN MANGELWARE

von Petra Fuhrmann



**In anderen Ländern haben Jugendliche viel bessere Aussichten auf einen Ausbildungsplatz als in Hessen**

**D**ie Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen geht in Hessen stark zurück. Im Oktober 2005 wurden noch 32.075 gezählt, ein Jahr später nur noch 30.418. Das ist ein Minus von 5,2%. Einen stärkeren Rückgang verzeichneten nur drei andere Länder: Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Der Bundesdurchschnitt liegt bei minus 2,5%.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz ist in Hessen leicht rückläufig (minus 1,6%). Trotzdem sinkt die Chance auf einen Ausbildungsplatz.

### Versorgungslücke in Hessen wird größer

Laut Bundesagentur für Arbeit gab es bis Ende September 9.000 noch nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber, mehr als noch im Vorjahr. (Anstieg von 5 auf 6%). Diesen standen 2.800 noch unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber, das heißt, die Versorgungslücke nahm auf 6.200 zu.

### Bessere Chancen in anderen Ländern

In Hessen entfallen auf einen noch nicht vermittelten Bewerber Ende September rein rechnerisch rund 0,3 noch offene Ausbildungsplätze. Das heißt im Klartext: 3 junge Menschen konkurrieren um

eine offene Stelle. Im Saarland, in Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein kommen zwei oder weniger unversorgte Jugendliche auf eine offene Stelle.

### Entwicklung hat sich seit Jahren angekündigt

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren ein zusätzliches Programm für mehr Ausbildung beantragt und die Landesregierung regelmäßig aufgefordert, auch die Zahl der Ausbildungsplätze im Landesdienst um wenigstens 10% anzuheben. Trotz der absehbaren Entwicklung ist beides von der absoluten CDU-Mehrheit abgelehnt worden.

Die SPD-Landtagsfraktion hat auch in der Beratung des Haushalts 2007 ein zusätzliches Programm für benachteiligte Jugendliche gefordert und die Landesregierung zu einer Erweiterung des Lehrstellenangebots im Landesdienst, auch über den eigenen Bedarf hinaus, aufgerufen. ■